

Niederschrift

SA/022/2024

über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Schulausschusses
der Stadt Rheine
am 17.09.2024

Die heutige Sitzung des Schulausschusses der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Sitzungssaal 126 des Neuen Rathauses.

Anwesend als

Vorsitzender:

Herr Stefan Gude	CDU	Ratsmitglied/Vorsitzender
------------------	-----	---------------------------

Mitglieder:

Frau Marlen Achterkamp	CDU	Ratsmitglied/2. Stellv. Vorsitzende
Frau Melanie Ehrhardt	CDU	Ratsmitglied
Frau Janine Heile	FDP	Ratsmitglied
Herr Jens Krage	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Frau Claudia Kuhnert	fraktionslos	Ratsmitglied
Herr Rainer Ortel	UWG	Ratsmitglied
Frau Claudia Reinke	CDU	Ratsmitglied
Herr Markus Tappe	CDU	Ratsmitglied
Herr Lars Wever	SPD	Sachkundiger Bürger
Frau Helena Willers	CDU	Ratsmitglied
Herr Josef Wilp	CDU	Sachkundiger Bürger

beratende Sachkundige Einwohner:

Frau Doris Hasenkamp-Jakob		Ausschussmitglied Vertreter der kath. Kirche
Frau Cornelia Baars		Sprecherin der Stadtschulpflegschaft
Frau Emine Dursun	SPD	Sachkundiger Einwohner f. Integrationsrat
Herr Orlando Maier		Stadtschüler/-innenvertretung

Vertreter:

Herr Karl-Heinz Brauer	SPD	Vertretung für Herrn André Schaper
Herr Alexander Breulmann	SPD	Vertretung für Frau Ulrike Stockel
Herr Marius Himmler	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Vertretung für Herrn Marco Ferenz
Herr Heinz-Jürgen Jansen	DIE LINKE	Ratsmitglied
Frau Verena Kaisel	CDU	Vertretung für Herrn Sascha Drescher
Frau Vera Schütz		Stadtschulpflegschaft

Gäste:

Frau Beatrix Meyer		Sprecherin der Grundschulen
Frau Sandra Matzelle		Sprecherin der Stadtschulleiterkonferenz

Verwaltung:

Herr Raimund Gausmann		Beigeordneter
Frau Wiebke Gehrke		Leiterin Fachbereich 8
Frau Marica Mrozek		Schriftführerin
Frau Mechthild Schöneberg		Schulverwaltung

Entschuldigt fehlen:

Mitglieder:

Herr Sascha Drescher	CDU	Sachkundiger Bürger
Herr Marco Ferenz	BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN	Sachkundiger Bürger
Herr André Schaper	SPD	Ratsmitglied/1. Stellv. Vorsitzender
Frau Ulrike Stockel	SPD	Sachkundige Bürgerin

beratende Sachkundige Einwohner:

Herr Eckhard Roloff	SPD	Ausschussmitglied Vertreter der ev. Kirche
Frau Dorit Tönjes		Sachkundige Einwohnerin f. Familienbeirat

Herr Gude eröffnet die heutige Sitzung des Schulausschusses der Stadt Rheine.

Änderungsanträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

Öffentlicher Teil:

1. Niederschrift Nr. 21 über die öffentliche Sitzung am 11.06.2024

Zu Form und Inhalt der o. g. Niederschrift werden keine Änderungs- oder Ergänzungsvorschläge vorgetragen.

2. Informationen der Verwaltung

Herr Gausmann verweist auf die zur Verfügung gestellten Informationen.

Ergänzend führt er zum Thema der temporären Schulstraßensperrungen aus, dass die Akzeptanz der Eltern gegenüber den neu eingerichteten Eltern-Taxi-Haltestellen an der Bodelschwinghschule und an der Südeschule verbesserungswürdig sei. Die Schulverwaltung stehe im Austausch mit verschiedenen Behörden, um zukünftig eine Steigerung der Akzeptanz zu erreichen.

3. Einwohnerfragestunde

Bürgerin 1 fragt, ob bereits kurzfristige Änderungen geplant seien, falls beschlossen werde, dass der Nebenstandort Konradschule bestehen bleibt. Darüber hinaus möchte sie wissen, ob zu den Plänen einer Ertüchtigung der Konradschule ab 2028 eine Beteiligungsmöglichkeit bestehe.

Herr Gausmann antwortet, dass kurzfristig keine Veränderungen am Gebäude der Konradschule geplant seien. Die Umbauplanung für dieses Gebäude sei im Juni 2021 im Schulausschuss sowie im Bau- und Mobilitätsausschuss vorgestellt worden. Das Gebäude solle demnach gemäß dem Musterraumprogramm ohne offenen Ganztag ertüchtigt werden. Unterricht während des Umbaus sei nicht möglich, weshalb der Standort zunächst freigezogen werden müsse.

Bürgerin 2 fragt, ab wann ein Schulweg als sicher eingestuft werde bzw. wie viele und welche Art von Querungshilfen vorhanden sein müssten, damit er als sicher gilt.

Herr Gausmann erläutert, dass es keine konkreten gesetzlichen Vorgaben gebe, da die lokalen Besonderheiten beachtet werden müssten. Daher könne keine Anzahl an Querungshilfen genannt werden. In der derzeitigen Planung sei eine Querungshilfe an der Kreuzung Aloysiusstraße/Schorlemerstraße eingeplant. Diese könne erst 2026 fertiggestellt werden. Bis dahin werde ein Bustransfer organisiert.

Bürgerin 2 fragt nach, ob auch eine Querungshilfe für die Kreuzung Meisenstraße/Zum Fichtenvenn vorgesehen sei und ob diese aufgrund der Problematiken mit Raserei auch vor 2026 eingerichtet werden könnte.

Herr Gausmann erklärt, dass eine Umsetzung an der Aloysiusstraße/Schorlemerstraße vor 2026 unter anderem aufgrund der Abstimmungsprozesse mit dem Kreis Steinfurt nicht möglich sei. Eine weitere Querungshilfe sei zum aktuellen Zeitpunkt nicht vorgesehen. In Kooperation mit der

der Straßenverkehrsbehörde und der Straßenplanung würden regelmäßig „Fußverkehrs-Checks“ durchgeführt werden. In diesem Kontext könne die Fragestellung nach einer zusätzlichen Querungshilfe noch einmal aufgenommen werden.

Bürgerin 3 stellt die Frage, ob mehrere Haltestellen für den Bustransfer zur Meisenstraße geben würde.

Herr Gausmann sagt, dass mehrere Haltestellen eingerichtet werden sollen. Im gesamten Einzugsbereich der Südeschule würden die Haltestellen so platziert werden, dass sich sichere Schulwege zu den Haltestellen ergeben. Die genauen Standorte der Haltestellen würden in angemessener Weise mit den Eltern kommuniziert werden.

Bürgerin 4 thematisiert den möglichen Umzug der Südeschule in die Overbergschule. Dazu fragt sie, wie der Zeitplan ausgestaltet sei. Außerdem möchte sie wissen, wie und durch wen die Klassenräume in den Osterferien hergerichtet werden sollen und ob es einen kindgerechten Spielplatz mit verschiedenen Spielmöglichkeiten sowie einen Bolzplatz zum Schulbeginn geben werde.

Herr Gausmann verweist auf die Erfahrungen aus vergangenen Umzügen von Schulen. Der Umzug würde durch die Stadt Rheine organisiert werden, sodass die Kinder nach den Osterferien in fertig eingerichtete Räume kommen würden. Mit der Grünabteilung der Technischen Betriebe werde die Herrichtung des Schulhofs an der Overbergschule geplant. Die Schulhoffläche sei größer als der bisherige Schulhof an der Südeschule.

Bürgerin 5 möchte wissen, inwiefern berücksichtigt worden sei, dass die Bauplätze in der Eschendorfer Aue mit einer Schule in der Nähe beworben worden seien. Darüber hinaus fragt sie, ob eingeplant worden sei, dass sich durch einen Umzug auch die Anmeldezahlen an anderen Standorten verändern würden. Ferner wird gefragt, wie die weiteren Sanierungspläne an den anderen Schulen aussehen würden, wenn die Auslagerungsschule wegfalle.

Herr Gausmann antwortet, dass die Entwicklung des Baugebietes Eschendorfer Aue berücksichtigt worden sei. Bezüglich der weiteren Umbaupläne sei im folgenden Jahr der Umbau der Annetteschule geplant. Diese Maßnahme werde ohne Auslagerung abschnittsweise durchgeführt. Weitere Schulstandorte in der Umgebung seien nicht von den aktuellen Umbauplänen betroffen. Das Anmeldeverhalten der Erziehungsberechtigten könne nie mit Sicherheit abgeschätzt werden. Die Anmeldungen würden multifaktoriell beeinflusst werden und seien nicht nur standortabhängig. In den Planungen müsse von unterschiedlichen Szenarien ausgegangen werden, da die Schulentwicklung insbesondere von Zuwanderungen geprägt sei.

Ferner fragt Bürgerin 5, wie es politisch gesehen werde, dass der Stadtteil Eschendorf durch die Wegnahme der Südeschule als Stadtteilzentrum beeinträchtigt werden könne. Sie fragt auch nach den Gründen, weshalb für Gellendorf ein finanzieller Mehraufwand in Kauf genommen werde und für den Hauptstandort der Südeschule keine Mehrkosten in Anspruch genommen werden würden.

Herr Gausmann spricht aus Sicht der Verwaltung, dass es auch Schülerinnen und Schüler im Einzugsbereich der Südeschule gebe, die von einem Umzug in das Gebäude an der Meisenstraße profitieren würden. Die Umbauplanung an dem Hauptstandort der Südeschule würde 25 Millionen Euro kosten und es könne trotzdem keine optimale Lösung im Sinne der Grundschuloffensive erreicht werden. Um eine zufriedenstellende Lösung herzustellen, müsse das ganze Gebäude abgerissen und neu errichtet werden. Ein Auflösen der Kirchenstandorte hänge mit dem demografischen Wandel zusammen und die Entscheidung liege bei der Kirchengemeinde. Der Kirchengemeinde werde jedoch nahegelegt, die Herz-Jesu-Kirche als Stadtteilkern zu erhalten. Im Stadtteil würde sich eine Gesamtentwicklung abzeichnen, die beobachtet werden würde. Bei der Stadtplanung werde versucht, ein Stadtteilzentrum zu erhalten, welches auch ohne die gegenüberliegende Schule funktioniere.

Auf Nachfrage von Bürger 6 erläutert Herr Gausmann seine vorherigen Ausführungen zu den denkbaren Umbauplänen am Gebäude der Südeschule, die im März 2024 dem Schulausschuss vorgestellt worden seien. Ein Entwurf habe den Erhalt des Altbaus und einen großen Anbau vorgesehen. Dadurch würde die Schulhoffläche wesentlich verkleinert werden. Bei dieser Lösung würden bedeutende bauliche Hürden bestehen, um die Höhenunterschiede des neuen und alten Gebäudeteils anzugleichen. Ein solcher Ausgleich sei notwendig, um die Barrierefreiheit zu gewährleisten. Die effektivere Lösung wäre, das Gebäude vollständig neuzubauen, was den Abriss des stadtteilprägenden Altbaus zur Folge hätte. Eine weitere Konsequenz wäre darüber hinaus, dass auch der Baumbestand an der Südeschule nicht erhalten werden könnte. Dies sei aus Klimaschutzgründen nicht gewollt. Aufgrund der Menge an Restriktionen empfehle die Verwaltung die Nutzung des Gebäudes der Overbergschule.

Außerdem möchte Bürger 6 wissen, wie die Gesundheit der Kinder gewährleistet werden könne, da am Gebäude der Overbergschule ein Asbest-Bestand festgestellt worden sei.

Herr Gausmann antwortet, dass das Schadstoffgutachten beinhalte, dass es keine Freisetzung von Asbest geben werde, solange keine Arbeiten an den inneren Schichten der Wände und Decken gemacht werden würde. In der Planung sei vorgesehen, dass sobald ein Zug zurück in die Konradschule ziehen könne, weitere Umbauarbeiten abschnittsweise durchgeführt werden würden. Dann könnten in abgeschotteten Bauabschnitten Asbestsanierungen vorgenommen werden. Vorher würden keine gefährdenden Arbeiten durchgeführt werden.

Auf Nachfrage von Bürgerin 7 bestätigt Herr Gausmann, dass kein Asbest freigesetzt werden könne, wenn Nägel oder Dübel in der Wand angebracht werden.

Danach fragt Bürgerin 8, ob interessierte Eltern, die Möglichkeit bekommen könnten, das Gebäude in der Meisenstraße zu besichtigen. Herr Gausmann sagt zu, dass ein bis zwei Abendtermine dafür organisiert werden könnten.

Bürgerin 9 stellt die Frage, welche Zeit für die Bewältigung des Schulwegs zu Fuß noch als angemessen angesehen werde.

Herr Gausmann antwortet, dass nach der Schülerfahrkostenverordnung Fahrtkosten ab einem Schulweg von 2 km vom Schulträger übernommen werden würden. 40 Minuten pro Schulweg halte er persönlich für zu lang. Ein Schulweg könne in einer Laufgruppe für einen guten Austausch genutzt werden. Die Bürgerin führt aus, dass sie nicht unter 35 Minuten den Schulweg zur Meisenstraße bestreiten könnten. Dann wäre die Konradschule wieder näher, was zu einer Mehrbelegung am Nebenstandort führen könnte.

Weiter fragt Bürgerin 9, weshalb nicht das Fällen der Bäume auf dem Schulhof der Südeschule für den Umbau in Kauf genommen werden könnte. Schließlich könnten danach neue Bäume gepflanzt werden.

Herr Gausmann erklärt, dass die aktuelle Vorlage, welche die Nutzung des Gebäudes an der Overbergschule vorsehe, unter Abwägung vieler verschiedener Aspekte in dieser Form erstellt worden sei.

Bürgerin 9 stellt die Nachfrage, ob im Grunde die Mehrkosten für den Umbau der Südeschule entscheidend gewesen sei, dass nun die Nutzung der Overbergschule empfohlen werde.

Herr Gausmann hält es für legitim, dass die Kosten in der heutigen Zeit einen Faktor in den Abwägungen darstellen würden. Aus schulorganisatorischen Gründen würde die Verwaltung immer noch den Vorschlag vertreten, nur einen Standort mit vier Zügen zu erhalten, wenn die Verwaltung allein entscheiden würde. Unter Einbezug anderer Sichtweisen, wie etwa den lokalen Identitäten, werde nun die 3:1-Lösung an der Meisenstraße vorgeschlagen.

Bürgerin 10 fragt, inwiefern die Stadtverwaltung das Musterraumprogramm hinsichtlich barrierefreier und kindgerechter Toiletten bis zum Umzug an der Südeschule umgesetzt werde.

Herr Gausmann informiert, dass ein winterfester Toilettencontainer bis zum Umzug auf dem Schulgelände der Südeschule errichtet werden solle.

Bürger 11 möchte, dass der Schulbustransfer zur Meisenstraße lediglich eine Übergangslösung darstelle und bittet die Verwaltung beim Kreis Steinfurt Nachdruck bezüglich der Dringlichkeit des Baus der Querungshilfe zu verleihen.

Herr Gausmann führt aus, dass in den Austauschgesprächen Konsens auf beiden Seiten darüber herrsche, dass die Maßnahme schnell umgesetzt werde. Allerdings gebe es einige Dinge die überprüft werden müssten, etwa ob zusätzliche Kanalarbeiten anfallen würden. Diese Prozesse würden sich nicht großartig beschleunigen lassen.

Bürger 12 möchte wissen, ob die Kosten für die Asbestsanierungen, bei den Kostenschätzungen berücksichtigt worden sind.

Herr Gausmann antwortet, dass bei der Kostenschätzung Asbestbelastungen bei einer Kernsanierung berücksichtigt seien. Im Vergleich fielen die Kosten bei der Sanierung des Gebäudes in der Meisenstraße weiterhin günstiger aus. Eine Ausführungsplanung sei bisher noch nicht erfolgt.

Herr Gausmann bestätigt auf Nachfrage von Bürgerin 2, dass das Ziel sei, das Musterraumprogramm während der gesamten Umbauphase bestmöglich umzusetzen und Differenzierungsräume sowie Fachräume durchgehend zu erhalten.

4. Grundschuloffensive- Südeschule Vorlage: 331/24

Herr Gausmann legt die Genese der Vorlage dar.

Er erläutert, wie unter Tagesordnungspunkt 3 angedeutet, dass die momentane Toilettensituation an der Südeschule kurzfristig durch das Aufstellen eines winterfesten Toilettencontainers verbessert werden solle. Dafür sei eine Ausschreibung nötig, weshalb der Anschluss einer solchen Anlage noch ein paar Wochen in Anspruch nehmen könnte.

Die Vorlage wird dahingehend korrigiert, dass auf Seite 4, der Gefahrenstoff PCB falsch benannt worden seien. Korrekt heißen sie ausgeschrieben: Polychlorierte Biphenyle.

Die einzelnen Fraktionen äußern sich zustimmend zur Vorlage und loben die Erstellung der Vorlage als Ergebnis eines Abstimmungsprozesses unter Beteiligung der unterschiedlichen Perspektiven.

Frau Reinke von der CDU äußert, dass sie zu dem Schluss gekommen seien, dass sich das Musterraumprogramm an der Meisenstraße besser umsetzen lasse.

Herr Krage von den GRÜNEN bestätigt, dass sie einen angemessenen Umbau am Standort Elter Straße nach Besichtigung nicht für durchführbar hielten. Außerdem sei der Bustransfer ihrer Meinung nach machbar für die Kinder. Es solle konstitutionell daran gearbeitet werden, dass der gesamte Schulweg zur Meisenstraße sicher erschlossen werde. Er fragt zusätzlich, ob die Planungen und Kostenschätzungen der 3:1-Lösung in jetziger Form noch einmal mit denen einer 4:0-Lösung verglichen werden könne. Herr Gausmann verweist auf die Vorlage 120/23 und 201/24. Hier sei die Kostengegenüberstellung der einzelnen Varianten abgebildet.

Herr Ortel sagt aus Sicht der UWG, dass es mit dieser Vorlage gelungen sei, die unterschiedlichen Aspekte wohlabgewogen miteinzubeziehen. Allerdings könne man nicht wegdiskutieren, dass der Standort der ehemaligen Overbergschule von Anfang an suboptimal gewesen sei. Bei Zusammenführung aller Aspekte handle es sich um ein „Optimum notwendiger Kompromisse.“

Herr Wever von der SPD sagt, dass seine Fraktion dem Vorschlag ebenfalls mittragen könne. Eine 4:0 Lösung hätte aus Sicht der Partei aus schulorganisatorischen und finanziellen Aspekten auch viele Vorteile geboten. Es sei wichtig, dass am Standort der Konradschule „Out oft he Box“-Lösungen für eine Abbildung des offenen Ganztags vor Ort gefunden werden würden. Das Thema Verkehrssicherheit solle auf der Agenda hochgesetzt werden.

Herr Brauer gibt zu bedenken, dass man zukünftig über eine 2-Zügigkeit an der Konradschule nachdenke könne, da im Einzugsbereich ein neues Wohngebiet erschlossen werden solle. Durch diesen Beschluss würde diese Möglichkeit weiterhin bestehen. Im Interesse der Gellendorfer Eltern sei man bereit, die Mehrkosten für den zweiten Standort zu tragen.

Es bestehen keine Einwände, dass die einzelnen Punkte Nr. 1- 4 des Beschlussvorschlags im Block abgestimmt werden.

Herr Wilp erklärt, dass er sich bei der Abstimmung enthalte.

Beschluss:

1. Der Schulausschuss nimmt die Auslagerung von 3 Zügen der Südeschgrundschule unter Beibehaltung des Nebenstandortes Konradschule mit 1 Zug zu den Osterferien 2025 zur Meisenstraße 30 zur Kenntnis.
2. Der Schulausschuss nimmt das Ergebnis der Untersuchung der Schadstoffbelastung des Gebäudes Meisenstraße 30 zur Kenntnis.
3. Der Schulausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Schulwegsicherheit zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, die in der Vorlage dargestellten Maßnahmen umzusetzen.
4. Der Schulausschuss beauftragt die Verwaltung, im Rahmen der Grundschuloffensive die grundständige Ertüchtigung des Gebäudes Meisenstraße 30 für eine 3zügige Grundschule sowie die Ertüchtigung des Nebenstandortes Konradschule für 1 Zug zu planen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei einer Enthaltung

5. Schulentwicklung der Grundschulen und weiterführenden Schulen der Stadt Rheine Vorlage: 200/24

Frau Gehrke stellt die Genese der Vorlage dar.

Herr Tappe von der CDU nimmt den nächsten Jahren prognostizierten Rückgang der Schülerzahlen im Bereich Rechts der Ems in den Blick. Dazu verfasst er den Prüfauftrag, dass die Verwaltung überprüft, welche schulorganisatorischen und schulrechtlichen Möglichkeiten zur dauerhaften Sicherung des Standorts Canissiuschule – Teilstandort Rodde bestehen.

Herr Jansen von der Fraktion DIE LINKE möchte wissen, wie viele Ablehnungen es an der Euregio-Gesamtschule, an der Annetteschule, an der Johannesschule Eschendorf und an der Südeschule gegeben habe. Bezüglich der Grundschulen möchte er darüber hinaus wissen, ob die Konfession der entscheidende Grund für Ablehnungen war.

Bezüglich der Ablehnungen an der Euregio-Gesamtschule wird auf die Vorlage 105/24 verwiesen. Hier sind alle Anmeldeergebnisse für die weiterführenden Schulen aufgeführt. Bezüglich der Grundschulen hat es an der Johannesschule Eschendorf 20 Ablehnungen gegeben. Sie hatten die Möglichkeit sich bei den umliegenden Schulen anzumelden. Die Ablehnungen wurden anhand der Entfernungen zum Wohnort entschieden.

Beschluss:

1. Der Schulausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Schulentwicklung der Rheiner Schulen zur Kenntnis.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, zu prüfen, welche schulorganisatorischen und schulrechtlichen Möglichkeiten zur dauerhaften Sicherung des Schulstandorts Canisiusschule – Teilstandort Rodde bestehen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**6. Übersicht Übergangsstatistik Grundschulen
Vorlage: 291/24**

Herr Gausmann stellt die Genese der Vorlage dar und ordnet die Ergebnisse zusammenfassend ein.

Herr Jansen fragt, welche Indikatoren den Sozialindex beeinflussen würden. Eine Aufstellung der Indikatoren ist diesem Protokoll als Anlage 1 beigelegt.

Beschluss:

Der Schulausschuss nimmt die Ausführungen zu den Übergangsquoten der Grundschulen zum Schuljahr 2024/2025 zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: Kenntnisnahme

**7. Rechtsanspruch auf ganztägige Förderung für Kinder im Grundschulalter ab 2026:
Raumkonzept multifunktionale Raumnutzung und Sachstandsbericht
Vorlage: 275/24**

Herr Gausmann verweist auf die Vorlage und geht näher auf die thematisierten Punkte der Kinderpartizipation und des multifunktionellen Raumkonzepts ein. Er spricht an, dass es einerseits positiv sei, dass das Land keine konkreten Vorgaben für die Umsetzung des Rechtsanspruchs mache. So können im Wesentlichen wie bisher verfahren werden. Andererseits verstoße das Land gegen das im Grundgesetz verankerte Konnexitätsprinzip. Im Vergleich zu den Kindertagesstätten gebe es keine konkreten Leitlinien für deren Umsetzung eine Finanzierung gesichert sei.

Herr Krage stellt den Prüfauftrag, ob im Rahmen des multifunktionalen Raumkonzepts auch die Anschaffung von Stehtischen möglich sei. Herr Gausmann antwortet, dass man diesbezüglich mit den Schulleitungen in den Austausch treten möchte. Sofern aus Schulleitungssicht pädagogische Vorteile im Rahmen ihres Schulkonzepts gesehen werde, könnten auch Stehtische beschafft werden.

Beschluss:

Der Schulausschuss und der Jugendhilfeausschuss

1. nehmen den Erlass des Landes NRW zur Kenntnis.
2. beschließen die Einführung des Konzeptes zur multifunktionalen Raumnutzung und beauftragen die Verwaltung mit der Umsetzung.
3. nehmen die Ausführungen zur Partizipation der Kinder und weiteren Vorgehensweise der Projektgruppe zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

8. Anfragen und Anregungen

Frau Reinke spricht an, dass die Qualität Reinigungsleistung der zuständigen Unternehmen an den Schulen nachlasse. Daher möchte sie den Prüfauftrag stellen, welche Mehrkosten entstehen würden, wenn die Reinigung der Schulen durch die Stadt selbst übernommen werden würde. Der Antrag werde durch die Fraktion nachgereicht.

Frau Achterkamp sagt, dass an diversen Elternabenden an den Schulen, eine Fahrradversicherung thematisiert worden sei. Sie fragt, ob man seitens der Stadt weitere Informationen dazu geben könne. Die Informationen sind als Anlage 2 dem Protokoll beigelegt.

Herr Krage fragt bezogen auf Punkt 3 der Informationen der Verwaltung nach, weshalb keine temporäre Straßensperrung an der Michaelschule eingerichtet worden sei. Herr Gausmann antwortet, dass an der Michaelschule bereits seit längerer Zeit eine Elterntaxi-Haltestelle eingerichtet worden sei und man sich daher auf zwei andere Schulstandorte fokussiert habe.